

**Nr. 19/1130**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP  
vom 29. Mai 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)  
(Drucksache [19/1692](#))

2. Feststellungen und Bewertungen des staatlichen Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen Anteile an der Bremer Landesbank

Bericht des staatlichen Controllingausschusses  
vom 20. August 2018  
(Drucksache [19/1776](#))

3. Museen sind unser kollektives Gedächtnis – wie ermöglichen wir einen Zugang für alle?

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 21. August 2018  
(Drucksache [19/1787](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018  
(Drucksache [19/1896](#))

4. Fachkräftesicherung erfordert Taten statt Worte

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1823](#))

5. Potenziale der Binnenschifffahrt stärker nutzen

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1824](#))

6. Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1829](#))

7. Strategien gegen Übergewicht, Adipositas und Diabetes durch zu viel Zucker in der Ernährung

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 26. September 2018  
(Drucksache [19/1847](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018  
(Drucksache [19/1897](#))

8. Zukunft des Landesmindestlohns

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 26. September 2018  
(Drucksache [19/1848](#))

**Nr. 19/1131**

**Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Nelson Janßen, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr in Bremen und Bremerhaven statt immer neuer Preiserhöhungen“.**

**Nr. 19/1132**

**Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 5. November 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des § 3 des Gesetzes über die Deputationen  
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1814](#))  
2. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
2. Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Umwelt und Bau an die europäische Datenschutz-Grundverordnung  
Mitteilung des Senats vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1817](#))  
1. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
3. Personalgewinnung der Freien Hansestadt Bremen zielgerichteter und zukunftsfester gestalten!  
Antrag der Fraktion der FDP vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1828](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.
4. Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen  
Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1860](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

5. Trend zu immer mehr Einweggetränkeverpackungen stoppen – Das Mehrwegsystem stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 18. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1866](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

6. Anpassung des Akteneinsichtsrechts nach § 4a der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft an Artikel 99 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 22. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1868](#))

§ 4a der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 1. Juli 2015 und den Änderungen vom 22. Juli 2015, 23. September 2015, 21. April 2016, 14. Dezember 2016, 15. Dezember 2016 und 26. September 2018 wird wie folgt geändert:

#### § 4a Akteneinsicht

(1) Die Abgeordneten sind berechtigt, alle Akten und Unterlagen einzusehen, die sich in der Verwahrung der Bremischen Bürgerschaft befinden, soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder diese Geschäftsordnung dem entgegenstehen. Akten und Unterlagen von Untersuchungsausschüssen, der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G 10-Kommission können nur von den Mitgliedern sowie im Verhinderungsfalle von den stellvertretenden Mitgliedern und im Falle der Parlamentarischen Kontrollkommission auch von den ständigen Gästen nach § 27 Absatz 1 Satz 3 Bremisches Verfassungsschutzgesetz eingesehen werden. Für Untersuchungsausschüsse gilt dies nur bis zum Abschluss der Untersuchungstätigkeit und Berichterstattung gegenüber der Bremischen Bürgerschaft. Soweit es für seine Arbeit erforderlich ist, kann der Untersuchungsausschuss Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Untersuchungsausschusses, der Bürgerschaftsverwaltung und der Fraktionen im Untersuchungsausschuss die Einsichtnahme gestatten.

(2) Die Einsichtnahme in persönliche Akten und Abrechnungen, die bei der Bremischen Bürgerschaft über Abgeordnete geführt werden, ist nur den betreffenden Abgeordneten gestattet. Andere Personen können solche Unterlagen nur mit Genehmigung der Präsidentin oder des Präsidenten und der betreffenden Abgeordneten einsehen. Das Gleiche gilt für ehemalige Abgeordnete.

(3) Die Akteneinsicht wird in den Räumen der Bremischen Bürgerschaft gewährt. Den Abgeordneten können Kopien der eingesehenen Akten und Unterlagen in schriftlicher oder elektronischer Form überlassen werden. Zur Einsichtnahme außerhalb des Hauses der Bremischen Bürgerschaft werden die Akten, soweit der Geheimschutz dem nicht entgegensteht, nur an die Vorsitzenden sowie die Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) der Ausschüsse für ihre Arbeit, im Vertretungsfalle an deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter, herausgegeben. Die Präsidentin oder der Präsident kann Ausnahmen zulassen.

(4) Durch die Akteneinsicht darf die Arbeit der Bremischen Bürgerschaft, ihrer Ausschüsse und sonstigen Gremien nicht behindert werden. Die Präsidentin oder der Präsident kann die Einsichtnahme im Einzelfall mit Auflagen versehen oder versagen, wenn schutzwürdige Belange betroffen sind.

7. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes – Neugestaltung des Aufnahmeverfahrens an Grundschulen  
Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1872](#))  
1. Lesung  
2. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
8. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen  
Mitteilung des Senats vom 30. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1887](#))  
1. Lesung  
2. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

#### **Nr. 19/1133**

##### **Der Senat muss Verantwortung für beide Kommunen des Landes Bremen übernehmen – Sanierungsvereinbarung und Finanzaufweisungsgesetz aufgeben- und kostenadäquat erneuern!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1825](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.  
Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Nr. 19/1134**

##### **Mehr Altenpflegekräfte braucht das Land – für ein Sofortprogramm**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 11. April 2018  
(Drucksache [19/1616](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Nr. 19/1135**

##### **Beschäftigungssituation der studentischen Hilfskräfte**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 29. Mai 2018  
(Drucksache [19/1680](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 21. August 2018**  
(Drucksache [19/1782](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 19/1136

### **Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräfte verbessern und Tarifvertrag verhandeln**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 30. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1885](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/1137

### **Mutterschutz von Anfang an**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. April 2018  
(Drucksache [19/1618](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass mutterschutzrelevante Gesichtspunkte, wie das „Vorhalten schwangerengerechter Arbeitsplätze“ und ein „stillfreundlicher Betrieb“, zukünftig berücksichtigt werden bei der Vergabe von Siegeln und Zertifikaten, die eine Familienfreundlichkeit oder gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie bescheinigen, wie zum Beispiel dem Siegel „Unternehmerisch denken – Familienfreundlich handeln“, (Siegel für familienfreundliche Unternehmen im Land Bremen) oder das Audit Beruf und Familie;
2. eine Informationskampagne insbesondere für den öffentlichen Dienst im Bereich Kita und Schule zu entwickeln, die aufzeigt, wie die Ausübung der Berufstätigkeit während einer Schwangerschaft bis zum Erreichen der Mutterschutzfrist möglich ist;
3. für Schülerinnen und Schüler der Fachschulen für Sozialpädagogik, für Referendarinnen und Referendare im Schulbereich und für Beschäftigte, die in den Bereichen Erziehung, Bildung und Pflege arbeiten, Impfberatung vorzuhalten sowie Impfangebote vorzustellen und zu bewerben sowie gegebenenfalls die Kostenübernahme zu gewährleisten, damit schwangere Beschäftigte vor eventuellen Ansteckungen – auch durch Kolleginnen und Kollegen – geschützt werden und sie ihrer Tätigkeit beziehungsweise Ausbildung bis zum Mutterschutz nachgehen können;
4. dem Gleichstellungsausschuss sowie der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz binnen eines Jahres über die Umsetzung zu berichten.

## Nr. 19/1138

### **Versorgungs- und Rechtssicherheit für Medizinalhanf-Patientinnen und Medizinalhanf-Patienten**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 20. April 2018  
(Drucksache [19/1628](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
  - a. die Versorgungsgengpässe bei Medizinalhanf in Deutschland unverzüglich behoben werden,

- b. die Vergabekriterien, insbesondere dabei das Erfahrungskriterium, bei der Lizenzvergabe für den Medizinalhanf-Anbau so zu verändern, dass der Anbau in Deutschland auch durch hiesige Unternehmen erbracht und entsprechend der steigenden Zahl deutscher Cannabis-Patientinnen und -Patienten ausgeweitet werden kann,
  - c. die Krankenkassen verpflichtet werden, die Therapiefreiheit und Therapieverantwortung der Ärztinnen und Ärzte zu respektieren und nur in begründeten Einzelfällen die Kostenübernahme zu verweigern,
  - d. insbesondere Patientinnen und Patienten, die bereits vor Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelungen eine Ausnahmegenehmigung erhalten hatten, einen Anspruch auf Kostenerstattung durch die gesetzlichen Krankenkassen erhalten,
  - e. bestehende Rechtsunsicherheiten für Cannabis-Patientinnen und -Patienten, insbesondere im Strafrecht und im Fahrerlaubnisrecht, ausgeräumt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zu gesetzlichen Neuregelungen auf Bundesebene für Medizinalhanf-Patientinnen und -Patienten auf eine möglichst einheitliche, verlässliche und transparente Anwendung der geltenden Regelungen, insbesondere im Strafrecht und im Fahrerlaubnisrecht, in Bremen und Bremerhaven hinzuwirken.

#### **Nr. 19/1139**

##### **Wie hoch ist der Investitionsstau in den Kliniken des Landes Bremen?**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 15. Mai 2018  
(Drucksache [19/1659](#))

D a z u

##### **Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018**

(Drucksache [19/1756](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

#### **Nr. 19/1140**

##### **Bremisches Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts**

Mitteilung des Senats vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1826](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

#### **Nr. 19/1141**

##### **Aufstiegsfortbildungen stärker mit dem Studium gleichstellen – „Meisterprämie“ im bremischen Handwerk einführen**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP  
vom 24. Januar 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/1439](#) vom 6. Dezember 2017)  
(Drucksache [19/1497](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Nr. 19/1142**

##### **Aufstiegsfortbildungen stärker mit dem Studium gleichstellen – „Meisterprämie“ im bremischen Handwerk einführen**

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

vom 14. September 2018

(Drucksache [19/1822](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um ein Konzept zur Einführung einer „Aufstiegsfortbildungs-Prämie“ ab 1. Januar 2019 im Sinne der in der Drucksache genannten „Variante 3“, das im Sinne des Gleichbehandlungs-Grundsatzes branchenübergreifend alle im Rahmen des AFBG förderfähigen Aufstiegsfortbildungen umfasst.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

#### **Nr. 19/1143**

##### **Junge Geflüchtete in der Ausbildung nicht benachteiligen!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 24. Oktober 2018

(Drucksache [19/1881](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Erlass zu erarbeiten, um im Rahmen der Härtefallregelung nach § 22 Absatz 1 Satz 2 SGB XII jungen Geflüchteten, für die alle anderen Finanzierungswege rechtlich ausgeschlossen oder nicht bedarfsdeckend sind, eine besondere Härte gleich zu Beginn einer Berufsausbildung oder eines Studiums zuzuerkennen.

#### **Nr. 19/1144**

##### **Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 32**

vom 26. Oktober 2018

(Drucksache [19/1884](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.